

Zeitschrift: Bericht über die Verhandlungen der Zürcherischen Schulsynode
Herausgeber: Zürcherische Schulsynode
Band: 93 (1928)

Artikel: Beilage II : Die Stellung der Schweiz in der Weltwirtschaft
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-743769>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Stellung der Schweiz in der Weltwirtschaft.

I.

Wenn ich heute vor Ihnen über die *Stellung der Schweiz in der Weltwirtschaft* sprechen soll, so geschieht dies nicht ohne ein gewisses Zögern.

Nicht daß ich nicht mit dem größten Vergnügen in Ihrem Kreise einen mir nahe liegenden Gegenstand behandeln würde; komme ich mir doch vor wie einer, der nach längerer Abwesenheit in der Fremde in sein altes liebes Städtchen zurückkehrt, wo er manch vertrautes Gesicht wiederfindet, manches schmerzlich vermißt und so viele neue nicht mehr einzureihen vermag.

Aber ich hatte und habe heute noch das große Bedenken: Was soll Ihnen mein Referat? Ihnen ins Handwerk pfuschen und Nutz- anwendungen für Schule und Unterricht ziehen, das will ich nicht; ein neues Fach propagieren will ich noch viel weniger. Da hat mich der Herr Synodalpräsident einigermaßen beruhigt; er hat meine Absicht gebilligt, in möglichst objektiver Darstellung die wirtschaftliche Lage unseres Landes innerhalb der ganzen Weltwirtschaft zu skizzieren und es dann ruhig Ihnen zu überlassen, welche Schlußfolgerungen und Weiterungen Sie daraus für sich und eventuell für die Schule ziehen wollen.

Dabei ist es allerdings gerade auf diesem Gebiet, bei derartigen wirtschaftlichen Betrachtungen nicht gut möglich, ganz ohne wirt-

schaftspolitische Streiflichter auszukommen. Und ich möchte dies auch nicht tun, um nicht gar zu farblos zu werden. Allerdings begibt man sich dann fast naturnotwendig auf einen Boden, auf dem man weniger eindeutig steht und auf dem andere Schlußfolgerungen und Einstellungen auch möglich sind. Und so mögen Sie dann solche Ansichten, die Ihnen vielleicht weniger schlüssig erscheinen als die bloßen Konstatierungen, hinnehmen in dem Sinne, wie sie gemeint sind: als meine persönliche Ansicht und Einstellung. Sie mögen sie überdenken, ihr zustimmen, sie modifizieren oder sie ablehnen, wie es Ihnen Ihre Ueberlegung oder Ihre Ueberzeugung eingibt. Mein Zweck ist dann auf alle Fälle erreicht, er geht nur dahin, Sie für eine Stunde die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres Vaterlandes fühlen zu lassen, damit Sie als Mensch, Bürger und Lehrer die Kräfte betätigen und pflegen, die es je und je ermöglicht haben, unser einfaches Schweizerhaus zu einem wohnlichen Heim für eine zahlreiche Schweizerfamilie zu machen.

II. *Die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz.*

Wenn ich einleitend einen ganz kurzen Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz werfe, so geschieht es nur, um für die Betrachtung der gegenwärtigen Lage eine einigermaßen sichere Basis zu haben.

Verfolgt man die Zahlen der *Wohnbevölkerung* im Laufe des letzten Jahrhunderts und vergleicht man ihre Dichte mit derjenigen anderer, klimatisch günstiger bedachter und mit Bodenschätzen reicher gesegneter Staaten, so drängt sich sofort der Schluß auf, daß die Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft sich nicht auf die Bebauung des Bodens beschränkt hat und beschränken konnte. Bei ausschließlich oder auch nur vorwiegend agrarischer Tätigkeit wäre für den schweizerischen Bevölkerungszuwachs nur die Auswanderung in Frage gekommen. Die Schweiz hat diese Auswanderung auch gekannt seit der Zeit der fremden Kriegsdienste in früheren Jahrhunderten, wo, nicht zum Nutzen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und des moralischen Gedeihens der Bevölkerung, die Blüte der schweizerischen Jugend für fremde Herren ihr Leben ließ, bis zu den Zeiten, wo bei stockendem industriellem

Geschäftsgang, bei lang andauernden Krisen große Scharen von Schweizern in Amerika Unterkunft und Brot suchten, um dort gelegentlich eigentliche Schweizerkolonien zu gründen.

Wie sehr Bevölkerungszahl und Dichte zugenommen haben, zeigen folgende Zahlen:

Jahr	Bevölkerungszahl	Dichte pro km ²
1800	1 670 000	40
1850	2 393 000	58
1888	2 918 000	71
1925	3 037 000	98

Diese Bevölkerungszunahme ist verhältnismäßig am größten in der Zeit von 1888—1910, sie übertrifft in dieser Epoche auch ganz wesentlich den Geburtenüberschuß, ist also verstärkt worden durch eine erhebliche Zuwanderung. Dieser Wandergewinn hängt mit der in dieser Zeit stark zunehmenden Industrialisierung zusammen, die Hände brauchte, da die normale Bevölkerungszunahme nicht genügen konnte. Parallel damit ging natürlich eine nicht unerhebliche Ueberfremdung der Schweiz. Betrug 1850 die Zahl der Ausländer rund 72 000, oder 3 % der Bevölkerung, so stieg ihre Zahl 1910 auf 552 000, oder 14,7 %, um dann 1920 wieder auf 402 000, oder 10,4 % sich zu vermindern.

Typisch zeigt sich die allmähliche Umgruppierung der Bevölkerung, oder vielmehr die Verschiebung des Schwerpunktes der Beschäftigung der Bewohner in der *Berufsstatistik*. So betrug der Anteil der Berufstätigen

	1860	1900	1920
in der Urproduktion	508 000 (41 ⁰ / ₀)	487 000 (31 ⁰ / ₀)	492 000 (26 ⁰ / ₀)
in Industrie und Gewerbe	458 000 (37 ⁰ / ₀)	694 000 (45 ⁰ / ₀)	821 000 (44 ⁰ / ₀)
in Handel und Verkehr	76 000 (6 ⁰ / ₀)	202 000 (13 ⁰ / ₀)	313 000 (17 ⁰ / ₀)

Während also die Zahl der in der Urproduktion (zur Hauptsache in der Landwirtschaft) Tätigen von 1860 bis 1920 von $\frac{2}{3}$ auf nahe $\frac{1}{4}$ der Bevölkerung gesunken ist und sogar auch absolut abgenommen hat, ist die Zahl der in Industrie und Gewerbe Tätigen mehr als der Bevölkerungszunahme entspricht gestiegen und nähert sich der Hälfte der Berufstätigen überhaupt. Außerordent-

lich vermehrt haben sich die in Handel und Verkehr Beschäftigten, was einerseits mit der Entwicklung der Industrie zusammenhängt, anderseits aber ein Zeichen für die große Bedeutung ist, die der heutigen Schweiz als Handelsstaat selbst im internationalen Verkehr zukommt.

So ist die Schweiz aus einem ursprünglich vorwiegenden Agrarstaat zu einem ausgesprochenen Industrieland geworden. Die bedeutende Zunahme fremder Arbeitskräfte, zusammen gehalten mit einer fortwährenden Abwanderung schweizerischer Arbeitstätigen hängt damit zusammen, daß die Rekrutierung der schweizerischen Arbeitskräfte unsern wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht ganz entspricht. Wir benötigen einen Zustrom von ausländischen Handwerkern, Handarbeitern und Industriearbeitern, während wir eine wesentliche Ueberproduktion an schweizerischen Kaufleuten, Angestellten und Angehörigen technischer, gelehrter Berufsarten aufweisen. Ob in dieser Beziehung die schlechten Erfahrungen, die man mit der Plazierung des schweizerischen Bevölkerungsüberschusses im Ausland in der Nachkriegszeit gemacht hat, eine Aenderung bringen werden, wird die Zukunft lehren. Eine vermehrte Zuwendung der schweizerischen Jugend zur eigentlichen Handarbeit wäre im Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik entschieden zu wünschen, läßt sich aber nicht erzwingen.

III. *Die heutige wirtschaftliche Gliederung.*

Die industrielle Entwicklung der Schweiz mußte nun aber angesichts der Rohstoffarmut des Landes besondere Wege einschlagen. Die Industrien, die gepflegt wurden, suchten für ihre Produkte des eigenen kleinen Hinterlandes wegen Absatz auf dem Weltmarkt. Es waren Industrien, bei denen im allgemeinen der Wert der Arbeit stärker ins Gewicht fällt, als derjenige der verarbeiteten Rohstoffe, oder bei denen die Rohstoffe im Verhältnis zum Gewicht einen so großen Wert aufweisen, daß ein Transport auch zu einem entfernten Standort der Industrie sich lohnt. In diesen Industrien spielt die Geschicklichkeit der Arbeiter eine bedeutende Rolle, oder es ist der Erfindertätigkeit, dem Kunstsinn und der Unternehmungslust des Fabrikanten ein großer Spielraum gelassen. Es sind Qualitätsindustrien, die ein Luxusbedürfnis befriedigen, die Präzisionsarbeit lie-

fern oder in denen geniale Erfindungen einen Vorsprung vor dem Ausland sichern. So entstanden bei uns die hauptsächlichsten Exportindustrien, wie die Uhrenindustrie, die Seidenindustrie, die Stickerei, die Maschinenindustrie, die chemische Industrie und andere. Gleicherweise stellte sich auch die Landwirtschaft auf den Export der Milchprodukte ein, weil die Erzeugnisse des Ackerbaues je länger je mehr durch die überseeische Konkurrenz verdrängt wurden. Man verließ den Getreidebau und wendete sich in einseitiger Weise der Zuchtvieh- und Käseproduktion zu. Aber auch hier waren es nur die Qualitätswaren, die der schweizerischen Landwirtschaft Jahrzehnte eine ausreichende Rendite verschafften: Rassevieh, kondensierte Milch, Käse.

Einen ungefähren Maßstab der einzelnen Industrien mag die *Arbeiterzahl* der in ihnen Tätigen geben. Es entfielen im Jahre 1920 an Arbeitern und Arbeiterinnen

auf die Metall- und Maschinenindustrie	157 000
auf die Textilindustrie	143 000
wovon auf die Stickerei	43 000
auf die Seidenindustrie	42 000
auf die Baumwollindustrie	40 000
auf die Nahrungsmittel-Industrie	73 000
auf die Uhrenindustrie	67 000
auf die Schuhindustrie	26 000 usw.

Dabei hat sich im Laufe weniger Jahrzehnte die Zahl der Berufstätigen in den einzelnen Industrien außerordentlich verschoben. Während z. B. die Metall- und Maschinen-Industrie eine wesentliche Zunahme an Arbeitskräften erfahren hat, ist die Zahl der in der Stickerei Beschäftigten von 50 000 im Jahre 1900 auf 72 000 im Jahre 1910 gestiegen, um dann im Jahre 1920 infolge der gewaltigen Krisis auf die schon erwähnten 43 000 zu fallen. Heute ist die Zahl noch wesentlich kleiner.

Der Charakter der schweizerischen Volkswirtschaft geht deutlich ebenfalls hervor aus der Gestaltung der *Handelsbilanz*. Während von unserer Einfuhr von rund 2½ Milliarden Franken ziemlich genau je ⅓ auf Nahrungsmittel, Rohstoffe und Fertigfabrikate entfällt, setzt sich unser Export zu ⅔ aus Fertigfabrikaten zusammen. Wir brauchen also zum Leben eine bedeutende Lebensmittel-Einfuhr, wir

benötigen für unsere stark entwickelte Industrie große Rohstoff-Zufuhren, und wir zahlen diese Importe, die unser wirtschaftliches Leben in Gang halten, zur Hauptsache mit dem Verkauf unserer Industrieprodukte. Dabei ist unsere Handelsbilanz mit Ausnahme eines einzigen Jahres während der Kriegszeit immer passiv. Diese Passivität betrug schon vor dem Krieg rund $\frac{1}{2}$ Milliarde Franken; sie ist heute wieder ungefähr auf der gleichen Summe angelangt. Der Gesamthandel (Ein- und Ausfuhr zusammen gerechnet) ist pro Kopf der Bevölkerung ein außerordentlich hoher. Wir standen vor dem Krieg von allen europäischen Staaten an dritter Stelle und hatten nur die Niederlande (ein ausgesprochenes Handelsland) und Belgien (ein noch stärker industrialisiertes Land als die Schweiz) vor uns. Auch heute sind wir noch an dritter Stelle.

Jahr	Einfuhr in Millionen Franken	Ausfuhr in Millionen Franken	Defizit in Millionen Franken
1913	1920	1376	544
1920	4243	3277	966
1923	2243	1717	526
1927	2564	2023	541

Das Defizit unserer Handelsbilanz wird im Rahmen der Zahlungsbilanz gedeckt durch andere Faktoren, wie z. B. Fremdenverkehr, Transitverkehr, Versicherungs- und Bankgeschäft und sonstige internationale Dienstleistungen. Eine Erhebung des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins ergibt für das Jahr 1926 folgende Komponenten der schweizerischen Zahlungsbilanz:

	Aktivüberschuß	Passivüberschuß
Verkehr mit elektrischer Energie .	17 Millionen	—
Warenverkehr	—	528 Millionen
Ertrag von Anlagen im Ausland .	250 Millionen	—
Fremdenverkehr	240 Millionen	—
Internationale Transporte . . .	30 Millionen	—
Versicherungs- und Bankgeschäft .	67 Millionen	—
Andere Posten	23 Millionen	6 Millionen
Total	627 Millionen	534 Millionen
Aktivüberschuß d. Volkswirtschaft	—	93 Millionen
		627 Millionen

Einen interessanten Ueberblick über die Stellung der einzelnen Produktionsgruppen innerhalb der schweizerischen Volkswirtschaft ergibt eine Aufstellung der *Teilbilanzen*.

Für das Jahr 1925 beispielsweise resultiert gemäß einer Zusammenstellung der Eidgenössischen Oberzolldirektion für die *landwirtschaftliche Produktion* und die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* eine Einfuhr von Grundstoffen für 170 Millionen Franken, denen eine Ausfuhr von nur 5 Millionen Franken entgegensteht. An Nahrungs- und Genußmitteln entspricht einer Einfuhr von 679 Millionen Franken eine Ausfuhr von 204 Millionen; es ergibt sich also für diese Gruppe ein Gesamtdefizit von 640 Millionen Franken. An *Betriebsmitteln* (Kohle, technische Oele, usw.) steht einer Einfuhr von 181 Millionen eine Ausfuhr von nur 1 Mill. gegenüber. Die Bilanz der *Metallindustrie* ergibt eine Einfuhr an Rohstoffen von 170 Mill. Franken und eine Gesamtausfuhr, zur Hauptsache in Fabrikaten, von 697 Mill.; die Aktivbilanz dieser Industrie gegenüber dem Import von Rohstoffen beträgt somit 527 Mill. Franken. Die Bilanz der Textilindustrie zeigt bei einer Einfuhr von Rohstoffen im Betrage von 341 Mill. Franken eine Ausfuhr an Fabrikaten von 867 Mill. Franken. Die Bilanz *aller übrigen Industrien* erzeugt eine Einfuhr an Rohmaterialien im Betrage von 135 Mill. Franken gegenüber einem Gesamtexport an Fabrikaten von 257 Mill. Franken; die Aktivbilanz dieser Industrien beläuft sich somit auf 122 Mill. Franken. Dazu kommt noch ein Import an Fabrikaten bei der Metallindustrie von 260 Mill. Franken, bei der Textilindustrie von 347 Mill. Franken und bei den übrigen Industrien von 213 Mill. Franken.

Die *Richtung des schweizerischen Handelsverkehrs* geht aus folgender Tabelle hervor:

	1927	
	Einfuhr	Ausfuhr
	(Werte in Mill. Fr.)	
Europa	1 884,7	1 408,4
davon Deutschland	541,7	397,9
Oesterreich	42,6	80,6
Frankreich	474,7	135,2
Italien	225,6	115,3
Belgien	88,7	33,7
Niederlande	48,0	47,0
Großbritannien	189,3	309,5
Spanien	42,2	63,2

	Einfuhr	Ausfuhr
	(Werte in Mill. Fr.)	
Dänemark	24,2	17,4
Schweden	10,5	26,2
Polen	28,1	33,3
Tschechoslowakei	78,3	48,8
Ungarn	23,2	22,6
Jugoslawien	15,7	9,2
Afrika	83,7	41,4
davon Aegypten	58,6	12,3
Asien	111,2	167,2
davon Brit. Indien	26,2	36,4
Niederländ. Indien	13,7	20,8
China	16,7	26,1
Japan	27,2	42,9
Amerika	449,4	355,3
davon Canada	88,7	41,6
Vereinigte Staaten	220,4	209,6
Brasilien	26,1	21,8
Argentinien	81,8	34,3
Australien	34,8	51,2
davon Australischer Bund	34,1	45,2

Bei einer Vergleichung der Zahlen der Jahre 1913 und 1927 ergeben sich einige nicht unwesentliche Aenderungen. Während im Jahre 1913 83,27% unserer Einfuhr aus den übrigen europäischen Staaten erfolgte, ist dieser Anteil im Jahre 1927 auf 73,51% zurückgegangen. Eine ähnliche Verschiebung, wenn auch nicht ganz in diesem Umfang, zeigt sich mit Bezug auf die Ausfuhr, die von 74,59% nach den übrigen Staaten von Europa im Jahre 1913, auf 69,59% im Jahre 1927 zurückgegangen ist. Die Bewegung des Handelsverkehrs zeigt also, daß der schweizerische Handel, und zwar Import- und Exporthandel, heute gegenüber der Vorkriegszeit stärker auf die Ferne aufgestellt ist. Für den Absatz der schweizerischen Produkte bedeutet das eine nicht unwesentliche Erschwerung. Die Tatsache selbst läßt sich wohl mühelos erklären durch die verheerenden Wirkungen des Krieges auf die europäische Wirtschaft. Es ist zu hoffen, daß mit zunehmender Gesundung der europäischen Märkte auch diese Verhältnisse nach und nach sich wieder den Vorkriegsverhältnissen nähern werden.

IV. Weltwirtschaftliche Probleme.

Aus all den im Vorstehenden geschilderten Tatsachen ergibt sich eine außerordentlich enge Verflechtung der Schweiz mit der gesamten Weltwirtschaft. Zusammenfassend können wir feststellen:

a) für die Landwirtschaft:

1. Der inländische Nahrungsmittelbedarf wird durch die landwirtschaftliche Produktion nur zu ca. $\frac{2}{3}$ gedeckt.

2. Die landwirtschaftliche Produktion hat im Laufe des letzten Jahrhunderts den Wandel durchgemacht, daß die Bedeutung der Molkereiprodukte ganz wesentlich gestiegen ist, ebenso diejenige der Rindviehzucht und der Schweinehaltung, und daß dagegen der Anteil des Getreidebaus, des Kartoffelbaus und der Weinkultur innerhalb des landwirtschaftlichen Rohertrages abgenommen hat. Heute besteht wesentlich mehr als $\frac{1}{3}$ des Endrohertrages der schweizerischen Landwirtschaft aus Molkereiprodukten, ein weiteres Drittel aus Rindviehzucht und Schweinehaltung, während Kartoffelbau und Getreidebau zusammen nicht einmal mehr 10% des Endrohertrages ausmachen.

3. Aus diesem durch die ausländische Konkurrenz verursachten Zwang zu einer einseitigen landwirtschaftlichen Produktion ergab sich auch die Notwendigkeit zum Export von Qualitätsprodukten, das heißt von Zuchtvieh, kondensierter Milch und Käse. Heute ist dieser Export bedroht durch die allgemeine Preislage auf dem Weltmarkt. Die Ausfuhr schweizerischer Molkereiprodukte läßt sich auch zu gedrückten Preisen kaum mehr aufrecht erhalten, und die Schweiz tritt als Käseexportland gegenüber den andern Käse produzierenden Staaten zurück. So beträgt heute die Käseausfuhr aus der Schweiz nur ungefähr soviel wie im Durchschnitt der Jahre 1903/1913, während Holland und Neu Seeland ihre Käseausfuhr ganz wesentlich gesteigert haben und den schweizerischen Käse auf dem Weltmarkt zurückdrängen. Die Schweiz exportiert noch 265 000 Meterzentner, während Holland 837 000, Neu Seeland 742 000 und Kanada 605 000 Mztr. ausführen.

Dieser Druck auf dem Weltmarkt auf das Hauptexportprodukt der schweizerischen Landwirtschaft ist ein Hauptgrund der heutigen landwirtschaftlichen Krisis. Zu ihrer Abhilfe ruft man einer Aenderung der Produktionsrichtung und einer stärkeren Umstellung auf die Selbstversorgung des Landes, wo durch die Zölle die Preise eher zu regulieren, d. h. in diesem Falle hoch zu halten sind. Dabei wird aber genau zu untersuchen sein, wie weit man gehen darf, damit schließlich nicht durch ein künstlich hochgehaltenes Preisniveau die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt in Frage gestellt wird.

b) für die Industrie.

1. Das Fehlen jeglicher Rohstoffe macht Industrien, die am Anfang der Produktionsleiter stehen, zur Unmöglichkeit. Die Zukunft der schweizerischen industriellen Produktion kann je länger je mehr nur darin liegen, daß Qualitätsprodukte hergestellt werden, bei denen der Anteil des Materials gegenüber dem Anteil an qualifizierter Arbeit zurücktritt.

2. Immerhin soll die einzige Kraftquelle, die wir haben, und die beim Fehlen jeglicher Kohle doppelt wichtig ist, der elektrische Strom, durch planmäßige Wirtschaft der Industrie zu möglichst vorteilhaftem Preis zur Verfügung gestellt werden.

3. Die Qualitätsarbeit erfordert einen gutgeschulten, intelligenten Arbeiterstand und dies auch trotz weiterer Zunahme der Mechanisierung der Arbeit. Die Rationalisierung der Betriebe darf vor keiner Bequemlichkeit, keiner Ueberlieferung und keiner Theorie halt machen.

4. Die teure Lebenshaltung in der Schweiz, die ihre verschiedensten Ursachen hat, und die darausfolgenden höheren Arbeitslöhne als in den meisten mit uns konkurrierenden Industriestaaten sind auf die Dauer wohl nur haltbar, wenn eine entsprechend intensivere und entsprechend qualifiziertere Arbeit geleistet wird. Sonst werden sie die schweizerische Industrie konkurrenzunfähig machen, den Unternehmer zur Auswanderung zwingen und eine Rückbildung der Industrie und damit eine Abwanderung der Bevölkerung zur Folge haben.

5. Weil die Produktionsverhältnisse im umgebenden Ausland günstiger sind und infolgedessen der Abfluß unserer Produktion nach diesen Staaten erschwert ist, muß sich die Schweiz oft auf ferne Märkte einstellen, wohin auch die andern Industrieländer lange Frachten zu übernehmen haben. Eine Vorbedingung für diesen Export ist aber eine billige Fracht im eigenen Land und damit die Notwendigkeit einer vernünftigen Tarifpolitik unserer eigenen Verkehrsanstalten.

6. Die Exportnotwendigkeit, ja der außerordentlich starke Exportzwang der schweizerischen Volkswirtschaft läßt die Bedeutung der Handelspolitik für unser Land in allererste Linie rücken. Davon weiteres in den folgenden Ausführungen.

V. Handelspolitische Fragen.

Die praktische Folgerung der engen Verflechtung der schweizerischen Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft ist wohl diejenige einer entsprechenden *Handelspolitik*. Diese Handelspolitik muß, wenn sie die Wirtschaft fördern will, der Natur des Wirtschaftsgebietes entsprechen. Ein Ueberblick über die wirtschaftliche Entwicklung hat uns gezeigt, daß wir in dieser Beziehung in der Schweiz nicht bevorzugt sind und daß nur eine außerordentliche Energie aller Volkskreise die bisher erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht hat.

Aber selbst wenn man die besondere wirtschaftliche Eigenart unseres Landes gebührend berücksichtigt und sich also vor Augen hält, daß wir ein industrielles Exportland sind und bleiben müssen, sind wir in der Gestaltung unserer Wirtschafts- und Handelspolitik erst noch nicht frei. Wir sind ein kleines Land, und wenn wir auch keine Ursache haben, unsern Markt gering einzuschätzen, so dürfen wir anderseits von unserer wirtschaftlichen Macht nicht zuviel halten. Dies vor allem deswegen nicht, weil wir unsere wirtschaftlichen Argumente nicht, wie das Großstaaten tun können und gelegentlich auch tun, mit politischen Machtmitteln zu unterstützen vermögen. Wir sind ein Teil des europäischen Wirtschaftsgebietes, und die Wirtschafts- und Handelspolitik der west- und mitteleuropäischen Staaten beeinflußt auch unsere wirtschaftliche Einstellung.

Und außerdem darf man eines nicht vergessen: der Mensch ist ein Produkt seiner Zeit. Die Geistesrichtung seiner Epoche beeinflußt seine politischen, religiösen und auch wirtschaftlichen Ansichten. Wenn es mir auch ferne liegt, an dieser Stelle einen längeren geschichtlichen Exkurs zu machen, so muß ich doch einen ganz kurzen Rückblick auf die Handelspolitik Europas und der Schweiz werfen.

Das zweite Viertel des vorigen Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch ein freiheitliches Erwachen auf allen Gebieten. Auf eine Zeit der Reaktion und der Restauration folgte eine liberale Geistesströmung, die auch mit der merkantilistischen Handelspolitik scharf ins Gericht ging. England schaffte seine Kornzölle ab, verwandelte seine Acker in Weiden und Jagdgründe und opferte seiner aufblühenden Industrie seine Landwirtschaft. Man träumte von England als der Werkstätte der Welt, die bei freiem Handel den Agrarstaaten die gewerblichen und industriellen Produkte liefern würde, während sie von ihnen in freiem Austausch das kauft, wozu Natur, Rasse und Boden jedes Gebiet prädestiniert. 1860 bedeutete den Markstein dieser Entwicklung, indem sämtliche Schutzzölle abgeschafft wurden und an ihrer Stelle kräftige Finanzaufgaben traten auf verhältnismäßig wenige im Lande zur Hauptsache nicht hergestellte Waren, wie Tabak, Tee, Kaffee, Zucker und auch Spirituosen.

Parallel mit dieser Entwicklung ging der Kampf des freihändlerischen Napoleons mit seinem schutzzöllnerischen Parlament. Für eine autonome freihändlerische Handelspolitik war die französische Kammer nicht zu haben; so schmuggelte der Kaiser den Freihandel ein durch einen Handelsvertrag mit England. Sein Kern war die Meistbegünstigungsklausel, die bald ihren Siegeslauf durch ganz Europa antrat. Durch seine Verhandlungspolitik wurde Frankreich die führende Macht im wirtschaftlichen Europa.

Die *Schweiz vor 1848* war in ihrer politischen und wirtschaftlichen Zerrissenheit ein Land ohne Handelspolitik. Dank der Energie ihrer Kaufleute und Industriellen, dank billiger Wasserkräfte, niedriger Löhne, geringer Abgaben und mäßiger kantonaler Zölle hatte sich eine Industrie entwickelt, die selbst in Uebersee einen Namen und guten Absatz hatte. Als endlich mit der neuen Bundesverfassung auch für die Schweiz die Zeit der wirtschaftlichen Eini-

gung kam, war das Freihandelsideal gegeben. So waren denn auch die ersten schweizerischen Zolltarife niedrig veranlagte Fiskaltarife für die damals noch bescheidenen Finanzbedürfnisse des Bundes. Dann aber kam der Prüfstein für die schweizerische Handelspolitik. Auch die Schweiz wünschte an der Verhandlungspolitik Europas teilzunehmen, mußte dann aber die Erfahrung machen, daß sie dazu nicht gerüstet war. Niemand hatte ein besonderes Interesse, mit ihr zu verhandeln, weil ihr Zolltarif zu niedrig und die darin enthaltenen Zollansätze ohne weiteres annehmbar waren. So war diese erste Periode schweizerischer Handelspolitik ein unzweifelhafter Mißerfolg.

Aber der frische Freihandelwind wurde durch die Kriegsluft der 70er Jahre aufgehalten. Wohl hatten sich die beiden großen Gegner im Frankfurterfrieden gegenseitig die Meistbegünstigung zugesichert, aber damit war nicht viel gewonnen. Die Kriegskosten, die folgenden Krisenjahre und in Deutschland speziell die Bedürfnisse des neuen Reiches forderten große Mittel. Die Steuern hatten eine Grenze, dafür erkannte man in den Zöllen ein Mittel, um für den Staat Geld flüssig zu machen und erst noch weite Kreise zufrieden zu stellen. So kam man von der liberalen Handelspolitik immer mehr ab. Deutschland schloß zur Hauptsache nur Meistbegünstigungsverträge und befolgte im übrigen eine auf Autonomie eingestellte Zollpolitik. Frankreich dagegen war noch auf Jahre hinaus gebunden durch seine Tarifhandelsverträge und fühlte sich dadurch benachteiligt. Als es endlich frei wurde, wandte auch es sich, erbittert durch seine bisherigen, wie es glaubte, schlechten Erfahrungen, einer autonomen Hochschutzzollpolitik zu. Diesen Umschwung benutzten geschickt die deutschen Staatslenker und gingen nun ihrerseits zu einer liberalen Verhandlungspolitik über. Damit übernahm Deutschland die handelspolitische Führung Europas, während Frankreich durch seine schroffe handelspolitische Einstellung und eine Reihe von Zollkonflikten die Sympathie seiner Nachbarn auf eine harte Probe stellte.

Auch die Schweiz hatte sich auf die neue Zeit vorbereitet. Immer bei Aufstellung eines neuen Generalzolltarifs prallten die Anhänger von Freihandel und Schutzzoll hart aneinander, und immer war mit den neuen Tarifen eigentlich niemand zufrieden. Die Freihändler

glaubten, einem verlorenen Ideal nachtrauern zu müssen, und die Schutzzöllner klagten über mangelnden Schutz. Immerhin hatten die sehr entmutigenden Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte eine gewisse Abklärung gebracht, und unter der Führung des Zürchers *Cramer-Frey* bildete sich ein Tarifsystern und eine Handelspolitik aus, die man mit den Namen *Kampfzollpolitik* bezeichnete. Ihr Wesen bestand darin, einen Tarif aufzustellen, der für die wichtigsten Importwaren Zölle aufwies, die in ihrer unveränderten Größe dem Import unbequem, ja hinderlich sein mußten. Im Austausch gegen Konzessionen auf diesem Tarif versuchte man dann Ermäßigungen auf den ausländischen Tarifen einzuhandeln. Immerhin war von Tarif zu Tarif auch das Schutzzollmoment etwas stärker betont, sagte doch der Bundesrat in seiner Botschaft zum Zolltarif vom Jahre 1891 ganz offen:

«Umgeben von Großstaaten mit ausnahmslos schutzzöllnerischen Gesetzgebungen, wird die Schweiz Schritt für Schritt zu Maßnahmen gezwungen, welche mit den freihändlerischen Traditionen nicht mehr übereinstimmen, und Prinzipien, denen vor einem Dezennium die Mehrzahl der schweizerischen Bevölkerung gehuldigt hat, haben der Macht der Verhältnisse und einem Trieb nach Selbsterhaltung weichen müssen.»

Zwei Verhandlungsperioden hat die Schweiz unter diesem System erlebt. Eine erste zu Beginn der 90er Jahre und eine zweite zu Anfang des neuen Jahrhunderts. Beide Male gelang es, Verträge abzuschließen mit den umliegenden Staaten und ferner mit Spanien und Serbien. Die Periode dieser Verträge erwies sich trotz gewisser Befürchtungen, die weite Kreise gegenüber der zunehmenden Erhöhung der eigenen Zollansätze äußerten, als eine Blütezeit der schweizerischen Volkswirtschaft. Speziell auch die Exportindustrien gediehen; denn es war gelungen, durch die Verträge in die Zollmauern der Vertragsstaaten gehörige Breschen zu legen, und dazu entwickelte sich auch der Absatz nach den Ländern, mit denen uns lediglich Meistbegünstigungsverträge verbanden, in höchst erfreulicher Weise.

Schon begann man sich überall in Europa auf den Ablauf der zehnjährigen Handelsverträge im Stillen vorzubereiten, als der

große *Weltkrieg* ausbrach. Die Sorge um die politische und wirtschaftliche Existenz und um das Durchhalten ließen vorläufig für weitausschauende politische Pläne keine Muße. Der Krieg selber hatte in seinem Gefolge eine Preisrevolution und einen Währungsverfall, wie ihn die Geschichte in dieser Schärfe und dieser Ausdehnung noch nicht gekannt hatte. Die *Preisrevolution* wurde namentlich deshalb so verhängnisvoll, weil sie durch die Währungsnot in den einzelnen Ländern sich ganz verschieden auswirkte und dadurch Produktionskosten-Differenzen schuf, die das Valutadumping zu einer ständigen Erscheinung machten. Zwei Maßnahmen kennzeichnen die Handelspolitik aller Staaten in der Nachkriegszeit: einerseits eine wesentliche Erhöhung der Zolltarife und andererseits die Einfuhrerschwerungen. Verursacht wurden diese Maßnahmen durch die Valutazerrüttungen und die Erfahrungen der Kriegszeit, die die Inlandproduktion in ihrer Einschätzung steigen ließen, sowie durch die Finanznot fast aller Staaten. Die Erhöhung der Zolltarife wurde vorgenommen zur Anpassung der Zölle an die neuen Wertverhältnisse, zum Zwecke eines stärkeren Schutzes der einheimischen Produktion und mit der Absicht, die Staatseinnahmen zu vermehren; die Einfuhrverbote sollten in valutastarken Ländern gegenüber den verheerenden Wirkungen des Valutadumpings schützen und in valutaschwachen Staaten die Luxuseinfuhr oder die Einfuhr überhaupt eindämmen und damit zur Besserung der Handelsbilanz und zur Stützung der Währung beitragen.

Auch die Schweiz griff zu beiden Maßnahmen; allerdings erst viel später als alle andern Länder. 1921 erhielt der Bundesrat von der Bundesversammlung die Vollmacht, den Zolltarif von 1906 den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen und die Einfuhr der Waren von einer Bewilligung abhängig zu machen. Die Einfuhrbeschränkungen, die in der Folge für ungefähr einen Fünftel aller Waren des Zolltarifes erlassen wurden, sind heute wieder abgebaut; geblieben aber ist der Gebrauchstarif von 1921, der gegenüber dem früheren Vorkriegs-Tarif eine wesentliche Erhöhung der Zölle und auch eine bedeutende Steigerung der Zolleinnahmen (200 Millionen gegenüber 80 Millionen) gebracht hat.

Ja, wo blieb denn in dieser Zeit die *europäische Handelspolitik*? Der Krieg brachte eine Lösung aller Bindungen. Die Handelsver-

träge wurden, soweit sie tarifarische Bindungen enthielten, gekündigt, und jeder Staat nahm seine Tariffreiheit zurück. Da, wo die vorkriegszeitlichen Handelsverträge noch in Kraft blieben, erhielt sich eigentlich als Rest nur noch der Text, d. h. zur Hauptsache die Meistbegünstigungsklausel. Aber auch in der ersten Nachkriegszeit zeigte sich nirgends große Lust zur Aufnahme der früheren Vertragstätigkeit. Jede Bindung von Zollansätzen wurde als lästig empfunden. Die wirtschaftliche Unsicherheit, die Valutaverheerungen und die allgemeine Krisis trugen dazu bei, daß auch früher vertragsfreundliche Staaten dazu neigten, soweit als möglich ihre Tariffreiheit und die Freiheit ihres Einfuhrregimes zu wahren.

Da war es die Schweiz, die zuerst den alten Vertragsweg wieder suchte. Dies wohl in der richtigen Ueberlegung, daß nur auf dem Wege der Tarifverträge in das unerträglich werdende Schutzzollsystem eine Milderung gebracht werden könnte. Eine Reihe verhältnismäßig kurzfristiger Verträge als Frucht der Verhandlungen der letzten Jahre war die Folge. Es sind die Handelsverträge mit Spanien, Italien, Oesterreich, der Tschechoslovakei, Deutschland und Frankreich.

Ist dieser Weg der richtige?

Freihandel oder Schutzzoll, so lautete einst die Parole, und unter diesem Schlagwort verfocht man seine wirtschaftspolitische Ueberzeugung. Unterdessen haben sich die Zeiten geändert, und von Freihandel im alten Sinne des Wortes ist nicht mehr viel zu verspüren. Er mutet uns an wie ein Lied aus der guten alten Zeit, wo die Leute in Reifröcken und Kniehosen und mit gepuderten Perücken herumspazierten. Dafür hat sich unter dem Einfluß des Krieges eine Schutzzollpolitik verstärkt, deren Anfänge allerdings schon in die Vorkriegszeit zurückgehen.

Zwei Ziele steckt man sich mit dieser Schutzzollpolitik. Das eine besteht darin, daß man eine Auffüllung der durch den Krieg leer gewordenen Staatskassen erstrebt, das andere bezweckt eine Vermehrung des Schutzes für die wichtigsten Produktionsgruppen. Für diesen verstärkten Schutz führt man zwei Ueberlegungen ins Feld. Einerseits haben die kriegführenden Staaten die Notwendigkeit oder die Wünschbarkeit der Existenz gewisser Industrien er-

kannt und ihre Abhängigkeit von Freund und Feind im Krieg schmerzlich empfunden, und sie wollen womöglich vor einer Wiederholung ähnlicher Erfahrungen gesichert sein. Sie suchen also die sogenannten Schlüsselindustrien mit allen Mitteln zu entwickeln und durch jeden, auch noch so hohen Zollschatz vor dem Erdrücktwerden zu sichern. Dazu kommt das immer noch nicht beschworene Gespenst der Arbeitslosigkeit in vielen Staaten, das sogar Länder, die ehemals die Hochburg des Freihandels waren, wie das stolze England, zur Schutzzollpolitik hindrängt.

Wohin aber führt schließlich ein solches System? Soweit es sich lediglich um ein Finanzproblem, um eine Steigerung der Zolleinnahmen handelt, kann ein Ausweg gefunden werden; denn hier besteht die Möglichkeit einer Verteilung der Zölle, die wirtschaftlich nicht katastrophal wirken muß. Dagegen eröffnet die heutige Uebertreibung der Schutzzolltendenzen bedauerliche Aussichten. Schließlich kann ein großes Wirtschaftsgebiet mit ausgedehntem und kaufkräftigem Hinterland noch vorübergehend die Nachteile einer solchen Politik auf sich nehmen, obwohl auch da auf die Dauer die Nachteile überwiegen. Kleine Wirtschaftsgebiete aber, wie die Schweiz eines darstellt, können unter einer solchen Entwicklung nur leiden. Unser internes Absatzgebiet ist viel zu klein, um für unsere großen Industrien auch nur annähernd zu genügen. Unsere Produkte müssen hinaus auf den Weltmarkt, soll die Industrie nicht zurückgehen und eine Abwanderung die notwendige Folge sein.

Aber auch für das übrige Europa kann die gegenwärtige handelspolitische Mentalität nicht von gutem sein, und ein Abbau der heutigen hohen Zollmauern ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Schweiz wird deshalb alle Bestrebungen unterstützen, die darauf gerichtet sind, wieder zu liberaleren Wirtschaftsgrundsätzen zurückzukehren. Nicht um Schutzzoll oder Freihandel geht es heute, sondern um eine Milderung der durch den Krieg vergifteten wirtschaftlichen Mentalität, die gleich dem Merkantilismus nur exportieren will bei möglichster Hemmung der Einfuhr.

So ist es bei der heutigen Sachlage nicht zu verwundern, wenn weite Kreise, Praktiker und Theoretiker skeptisch werden und die Frage aufwerfen: ist eine Besserung auf dem bisher üblichen Wege, also auf dem Wege der Verhandlungen und der Handelsverträge

möglich, oder ist nicht diese Methode veraltet und muß, wie noch so manches Inventarstück der Vorkriegszeit, rücksichtslos über Bord geworfen werden? Müssen nicht neue Wege rascher und ziel-sicherer einer besseren wirtschaftlichen Zukunft entgegenführen. Und so taucht denn auch heute wieder, wie schon früher, der nie ausgeträumte Traum einer *Zollunion*, eines mitteleuropäischen Wirtschafts-bundes, ja der Vereinigten Staaten von Europa, wenigstens einmal für den Anfang in Zollsachen, auf. Wer unter uns Zeit hat, sich in starkem Maße mit Zukunftsmusik zu beschäftigen, der soll das Problem weiterspinnen. Das Ziel muß immer wieder vertreten werden als ein Ideal, dem wir zustreben, ohne es wohl in absehbarer Zeit zu erreichen. Wir anderen aber, die wir im praktischen Wirtschaftsleben stehen, wir müssen die Flügel stützen und uns um unsere Schuhe kümmern, damit diese befähigt sind, weiter den steinigen Weg der Wirklichkeit zu wandern.

Wir werden uns sagen, daß Zollunionen eine weitgehende Angleichung der gesamten wirtschaftlichen Gesetzgebung und der Gesetzgebung überhaupt bedingen, weil alle Produktionsgruppen, die ohne Zollmauern vereinigt werden, auch unter den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen (Arbeitszeit, Schutzbestimmungen, Lasten) arbeiten müssen, wenn nicht die einen durch die andern ruiniert werden sollen. Wir haben ja ein gutes Beispiel an der Vereinigung mit dem kleinen Lichtenstein, von dem wir eine große Anpassung an unsere wirtschaftliche Gesetzgebung verlangten. Außerdem beweist die Geschichte, daß die Zollunion eine Vorstufe der politischen Union ist und daß da, wo diese politische Union nicht zustande kommt, auch die Zollunion wieder in Brüche geht. Auch würde eine zentraleuropäische Zollunion einer Reihe unserer größten Exportindustrien kein wesentlich größeres Absatzgebiet verschaffen, da ihr Hauptmarkt außerhalb dieser Union, teilweise in Uebersee, liegt.

Also, argumentiert eine andere Strömung, die neueste, wie folgt: die Regierungen kommen mit ihrem überlieferten System der Tarifhandelsverträge nicht oder nur sehr langsam zu befriedigenden Ergebnissen; die Idee einer, einen Teil von Europa oder ganz Europa umfassenden Zollunion, die dann den Vereinigten Staaten von Nordamerika entgegentreten könnte, ist Zukunftsmusik. Die Welt aber, besonders unser geschwächtes Europa, braucht rasche Hilfe; also

muß ein anderes Heilmittel gesucht werden. Und dieses Mittel ist die wirtschaftl. Annäherung der Völker durch Verständigung der Produzenten, es sind *die Kartelle*. Man geht darauf aus, die ökonomisch günstigen Wirkungen, die die Kartellierung wichtiger Industrien in einzelnen Ländern gehabt hat, auch für die Weltwirtschaft fruchtbar zu machen. Man glaubt, der gegenseitige ruinöse Unterbietungskampf würde ausgeschaltet, die Produktion zugeteilt und dem Konsum angepaßt, unrentable Betriebe würden stillgelegt und die Produktion der besten vermehrt. Die Folge wäre eine Beruhigung der Wirtschaft, eine Milderung der Krisen in diesen Branchen, eine Verbilligung des Produktes und trotzdem eine bessere Rentabilität der Industrie. Man erinnert daran, wie solche Resultate für gewisse Produkte heute schon auf internationalem Boden erreicht worden sind. Durch eine derartige Entwicklung würde für die kartellierten Industrien auch die Zollfrage scheinbar mühelos gelöst, die Märkte verteilt, die ruinöse Konkurrenz ausgeschaltet und die Produktion in weitgehendem Maße stabilisiert. Enorme Summen, die heute für die Gewinnung von Märkten, für unnütze Transporte, für Weltreklame ausgelegt werden müssen, würden erspart. Die Leiter konzentrieren wieder ihre ganze Kraft auf die Produktion, sie werden nicht länger in einem Existenzkampf aufs Blut verbraucht. Die internationale Arbeitsteilung, deren Vorteile von allen Freihandelsleuten von jeher gepriesen wurden, die aber durch diplomatische Unterhandlungen nicht erreicht werden kann, soll Tatsache werden, dank einer Zusammenarbeit der Produzenten. Auch die Arbeiterschaft soll bei einer derartig großzügigen Rationalisierung der Produktion nur gewinnen, ihr standard of life steigen. Also handelt es sich darum, eine möglichst große Zahl von internationalen Kartellen ins Leben zu rufen. So lautet die Botschaft, die auch an der Weltwirtschaftskonferenz in Genf mit lauter Stimme verkündet wurde. Auch in dieser Frage zeigt sich, wie der Mensch immer das Bedürfnis hat, ein System aufzubauen. Daß man bei einem solchen Aufbau gerne nur allzu früh auf die Spitze und weniger auf das Fundament sieht, und daß man Bausteine, die unförmig und unbequem sind, gerne unbe-nützt beiseite liegen läßt, ist nur zu natürlich und menschlich.

Gewiß können internationale Kartelle viele weltwirtschaftliche Schwierigkeiten mildern, und die Entwicklung wird denn auch nach

dieser Richtung hin Fortschritte machen; aber daß damit allein die Weltwirtschaftsschwierigkeiten behoben werden können, das ist wohl auch eine kleine Illusion. Kartelle sind leicht durchführbar für Rohstoffe, Halbfabrikate und einheitlich gestaltete Fertigfabrikate, aber außerordentlich schwer für alle die sehr mannigfaltigen konsumreifen Güter. Was für Aluminium, Zement, Stahl, Kalziumkarbid, Benzin kein besonderes Problem bedeutet, wird für Uhren, Stickereien und Maschinen fast zur Unmöglichkeit. So scheint denn der Weg zur Liberalisierung der Wirtschaft zur Hauptsache doch der alte zu bleiben: Abschluß von Handelsverträgen. Dazu kommen die kollektiven Abmachungen, wie sie durch den Völkerbund und seine wirtschaftlichen Organe an Hand genommen worden sind.

IV.

Die Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und seiner heutigen Situation könnte uns mit einer gewissen Unruhe für die Zukunft erfüllen. Denn die natürlichen Bedingungen für eine weitere günstige industrielle Entfaltung, ja nur für eine Behauptung der bisherigen Entwicklung, sind nur sehr beschränkt vorhanden. Die landwirtschaftliche Ausnützung kann eine wesentliche Steigerung kaum mehr erreichen, und die industrielle Entwicklung ist eigentlich schon bedeutend über das hinaus gegangen, was man hätte erwarten dürfen.

Und dennoch ist eigentlicher Pessimismus nicht am Platze. Wie es bisher möglich geworden ist, trotz des Fehlens günstiger Vorbedingungen, die Schweiz zu einem hoch entwickelten Industrieland zu machen und diesen Stand zu behaupten, so dürfte auch für die Zukunft eine allzu große Schwarzseherei nicht richtig sein. Dies allerdings unter gewissen Voraussetzungen.

Die schweizerische Bevölkerung hat es verstanden, aus dem Menschenfaktor heraus zum großen Teil die mangelnden günstigen materiellen Voraussetzungen zu ersetzen. Der schweizerische Unternehmer, gerade weil er gezwungen wurde, zum Kampf in die Welt hinaus zu ziehn, ist anpassungsfähig geworden, hat Unternehmungslust getätigt und durch geistige Qualitäten viele Mängel materieller Grundlagen aufzuheben vermocht. Der schweizerische Ar-

beiter im weitesten Sinn hat durch nüchterne Art, zuverlässige und gewissenhafte Arbeit und gute Schulbildung von der Volksschule bis hinauf zur Universität und technischen Hochschule in intelligentem Schaffen mitgeholfen, daß die Entwicklung der Industrie, zum Vorteil aller, mehr nach der Qualität als nach der Quantität hin ging. Und ein politischer und wirtschaftlicher Friede war der notwendige Rahmen dazu.

Wenn diese Faktoren weiter wirken, dann wird die schweizerische Volkswirtschaft trotz großer Schwierigkeiten nicht am Ende ihrer Aufwärtsbewegung stehen. Aber diese Ueberlegenheit der Leitung, der Arbeit und der Gesinnung ist die notwendige Voraussetzung zur Ueberwindung der materiellen Inferiorität. Arbeiten wir alle an der Stelle, an die uns das Schicksal gestellt hat, nach dieser Richtung hin, dann ist mir auch heute für die Zukunft nicht bange. Dabei müssen wir aber eingedenk sein, daß unsere Volkswirtschaft allzu große Belastungsproben schwer erträgt. Für politische, soziale und gesellschaftliche Experimente ist wohl schlechterdings kein Raum.

Nicht daß ich damit einem Stillstand nach dieser Richtung hin das Wort reden möchte. Ich bin immer viel zu wenig Doktrinär gewesen, um der Verewigung irgend eines industriellen oder gesellschaftlichen Systems das Wort zu reden. Ich habe mich in dieser Beziehung nicht geändert, auch nicht seit der Zeit, da ich als jüngerer Lehrer im Schulkapitel Winterthur über wirtschaftliche Systeme gesprochen habe. Ich bin zu sehr davon überzeugt, daß nicht nur die Technik, sondern alles in beständigem Wechsel begriffen ist und daß neue Satzungen später einmal die heutigen politischen und sozialen Regeln modifizieren können. Aber sie dürfen, wenn sie einen Fortschritt bringen sollen, nicht der Natur des Menschen widersprechen. Wenn einer möglichst großen Zahl von Menschen möglichst gute Lebens- und Daseinsbedingungen zuteil werden sollen, dann muß die Zukunft nicht nur einen technischen Fortschritt, sondern auch eine ethische Entwicklung bringen. Das Problem ist nicht in erster Linie eine Verteilungs-, sondern eine Produktionsfrage. Eine allgemeine Besserstellung ist nur möglich, wenn die Produktion eine wesentliche Steigerung erfährt, und dazu gehört neben der technischen Entwicklung nicht eine Erschlaffung, sondern eine Steigerung

des Arbeitswillens und der Arbeitsintensität auch des Menschen. Die Arbeitsverfassung muß so sein, daß jeder auch ein persönliches Interesse am Resultat seiner emsigen und gewissenhaften Arbeit hat, indem der Lohn in Beziehung gesetzt wird zum Arbeitsprodukt.

Dann wird ein weiterer materieller Fortschritt nicht ausbleiben, dann wird uns und unsern Nachkommen eine bessere Zukunft erblühen, und dann wird auch unser Vaterland imstande sein, dem Teil der Menschenfamilie, die in ihm lebt, ein freundlicher irdischer Aufenthalt zu bleiben.
